

Bolz, Klaus; Plötz, Peter

Article — Digitized Version

Impulse durch verstärkte industrielle Kooperation

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Bolz, Klaus; Plötz, Peter (1987) : Impulse durch verstärkte industrielle Kooperation, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 67, Iss. 9, pp. 441-445

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136315>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Klaus Bolz, Peter Plötz

Impulse durch verstärkte industrielle Kooperation

Mit dem Besuch Erich Honeckers in der Bundesrepublik richtete sich das Interesse der Öffentlichkeit neuerlich auf die innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen und insbesondere den innerdeutschen Handel. Wie ist der Stand der Beziehungen, welche Perspektiven bestehen?

Nach Jahren stetiger wertmäßiger Expansion – der Warenverkehr (ohne Dienstleistungen) stieg von 7,3 Mrd. Verrechnungseinheiten (VE) 1975 auf 15,5 Mrd. VE 1985 – befindet sich der deutsch-deutsche Handel seit dem vergangenen Jahr in einer „Abschwungs“-Phase (1986: 14,3 Mrd. VE), deren Gründe hinlänglich bekannt sind¹. Die DDR ist in diesem Handel der ökonomisch schwächere Partner; sie kann letztlich in diesem bilateralen Waren- und Dienstleistungsaustausch nur soviel aus der Bundesrepublik beziehen, wie sie zu liefern in der Lage ist. Damit wird die Entwicklung des innerdeutschen Handels primär von der Lieferfähigkeit der DDR determiniert.

Maschinen, Ausrüstungen und Transportmittel bilden im Rahmen der gesamten DDR-Exporte die wichtigste Gütergruppe, auf sie entfallen knapp 50 % der Exporterlöse. Auf westlichen Märkten, insbesondere auf dem Markt der Bundesrepublik Deutschland ist die Wettbewerbsposition der DDR bei Investitionsgütern allerdings schon immer äußerst schwach gewesen. Daß die DDR ihre Investitionsgüterverkäufe in die Bundesrepublik 1986 auf einen Anteil von 14,1 % an ihren Liefererlösen² hat steigern können, ändert nichts an der grundsätzlichen Wettbewerbsschwäche.

Die DDR ist aufgrund geringer Liefererlöse im Investitionsgüterbereich nach wie vor gezwungen, solche Produkte als „Devisenbringer“ einzusetzen, die in der Bundesrepublik und in den übrigen westlichen Ländern bessere Absatzchancen haben. Hier sind vor allem Mineralölerzeugnisse zu nennen, auf die noch 1985 bei einem Lieferwert von 1,69 Mrd. VE über ein Fünftel der Lieferer-

löse im Warenverkehr entfielen (1986: 13 %). Aber auch die Produkte der Textil- und Bekleidungsindustrie (1986: 15,5 % Anteil an den Lieferungen) spielen im Lieferortiment der DDR traditionell eine starke Rolle. Von Bedeutung ist, daß Standortvorteile die Struktur des Güteraus-tausches prägen. Das zeigt sich insbesondere beim Austausch transportkostenintensiver Güter; regional profitiert davon vor allem West-Berlin.

Durch den Preisverfall für Mineralöl und -produkte so-wie durch den Dollarkursrückgang mußte die DDR in den letzten 1½ Jahren starke Erlöseinbußen im Bereich der Mineralölerzeugnisse hinnehmen. Sie betragen 1986 gegenüber dem Vorjahr rund 800 Mill. VE bei einem Gesamtliefererlös im Warenverkehr mit der Bundesrepublik (also ohne Dienstleistungen) in Höhe von 6,8 Mrd. VE. Obendrein bekam die DDR in Verbindung mit der Dollarkursentwicklung einen erhöhten Konkurrenzdruck der Schwellenländer im Verbrauchsgüterbereich zu spüren.

Strukturschwächen

Aufgrund der vielfach beklagten Strukturschwächen des innerdeutschen Handels – gemessen am Entwicklungsniveau beider Volkswirtschaften – ist die kontinuierliche Aufwärtsentwicklung dieses Handels 1986 durch die sich verschlechternden externen Rahmenbedingungen jäh unterbrochen worden. Auch zur Jahresmitte 1987 ist keine Tendenzwende in Sicht; der Waren-

¹ Vgl. u. a. Klaus Bolz: Instrumentalisierungsmöglichkeiten des innerdeutschen Handels, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 66. Jg. (1986), H. 9, S. 446 ff.; ders.: Innerdeutscher Handel kann schwierige Phase überwinden, in: Industrie und Handelsrevue, 23. Jg. (1987), Nr. 1, S. 40 f.; Horst Lambrecht: Positive Akzente im innerdeutschen Handel verstärken, in: DIW Wochenbericht, 54. Jg. (1987), H. 11, S. 146 ff.

² Die DDR konnte ihre Investitionsgüterlieferungen von 847 Mill. VE 1985 auf 965 Mill. VE 1986 erhöhen, d. h. um 13,9 %. Die Anteilserhöhung um volle 3 Prozentpunkte (1985: 11,1 %) ist aber auch darauf zurückzuführen, daß der Wert der gesamten Warenlieferungen der DDR in die Bundesrepublik von 7,636 Mrd. VE 1985 auf 6,831 Mrd. VE 1986 zurückging.

Dr. Klaus Bolz, 49, ist Abteilungsleiter, Dr. Peter Plötz, 45, Forschungsgruppenleiter der Abteilung Sozialistische Länder und Ost-West-Beziehungen des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg.

umsatz im ersten Halbjahr 1987 sank gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 5%. Obwohl mit Blick auf die unausgewogene Güterstruktur schon seit Jahren warnend darauf hingewiesen worden ist, daß sich diese Wirtschaftsbeziehungen in einer labilen Verfassung befinden und dringend neuer Anstöße bedürfen, sind derartige Impulse in jüngerer Zeit unterblieben.

Zur Zeit der Großen Koalition vor rund 20 Jahren wurde eine Reihe von Maßnahmen getroffen, die sich bis einschließlich 1985 als eine tragfähige Basis für den Ausbau des innerdeutschen Handels erwiesen haben. Für die Expansion des innerdeutschen Handels in der ersten Hälfte der 80er Jahre waren zudem der Abschluß der Vereinbarung über den Handel mit Erdöl, Mineralöl-erzeugnissen und Kohle im Jahre 1979 sowie der zweite Preisschub bei Mineralöl wichtige Voraussetzungen.

Gestützt wurde dieser Handel aber auch durch die Konsolidierungsmaßnahmen der DDR im übrigen Handel mit westlichen Ländern in den Jahren 1982/83, zu denen sich die DDR wegen der Verschuldungskrise gezwungen sah. Die DDR hat nämlich die innerdeutschen Handels- und Finanzbeziehungen bei der Konsolidierung ihrer Wirtschaftsbeziehungen mit den westlichen Ländern als Stabilisierungs- und Entlastungsinstrument eingesetzt. Dabei kam ihr zugute, daß ihre Verschuldungssituation im innerdeutschen Handel deutlich günstiger war als im übrigen Westhandel. Sie hat in dieser kritischen Phase systematisch die im Vergleich zu anderen RGW-Ländern nur ihr allein offenstehenden Vorteile im Handel mit der Bundesrepublik genutzt. So hat sie für die laufende Produktion wichtige Waren der westlichen Länder verstärkt in der Bundesrepublik gekauft. Die innerdeutschen Handels- und Finanzbeziehungen erfüllten somit eine wichtige Pufferfunktion. In diesen Jahren profitierte der innerdeutsche Handel also im besonderen Maße von der angespannten Schuldnerposition der DDR gegenüber anderen westlichen Industrieländern.

Die DDR hat inzwischen Hartwährungsguthaben in Milliardenhöhe; eine außenwirtschaftliche Zwangslage im Verhältnis zu den übrigen westlichen Ländern wie zu

Beginn der 80er Jahre dürfte sich nicht wiederholen. „Incentives“ für den innerdeutschen Handel sind von dieser Seite also künftig nicht mehr zu erwarten. Im übrigen ist in diesem Zusammenhang klarzustellen, daß die DDR den innerdeutschen Handel als Ad-hoc-Instrument im Rahmen dringend benötigter Einfuhrgüter aus den westlichen Ländern immer nur insoweit nutzen kann, wie sie über einen soliden Finanzierungsspielraum verfügt³. Der innerdeutsche Handel kann daher immer nur auf Zeit Teil eines Krisenmanagements der DDR sein.

Es ist erklärter Wille beider deutscher Staaten, daß die innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen ihre politische und ökonomische Bedeutung auch zukünftig behalten sollen⁴. Mit Blick auf die geringe gesamtwirtschaftliche Bedeutung des innerdeutschen Handels für die Bundesrepublik (der Anteil der Lieferungen der Bundesrepublik in die DDR am Gesamtexport betrug 1986 nur 1,4%, der der Bezüge aus der DDR am Gesamtimport 1,6%) ist die Feststellung berechtigt, daß das westdeutsche Interesse an diesem Wirtschaftsverkehr vorrangig politischer Natur ist. Dagegen hat die DDR primär ein ökonomisches Interesse an diesem Handel; die Bundesrepublik ist nach der Sowjetunion zweitwichtigster Außenhandels- und der mit Abstand bedeutendste Westhandelspartner. Trotz aller regionalen Diversifizierungsbemühungen in den 70er Jahren wickelt die DDR über 50% des Gesamthandels mit westlichen Industrieländern mit der Bundesrepublik ab.

Mangel an Impulsen

Auch in der Zukunft wird vor allem das sogenannte „Grundgeschäft“ den innerdeutschen Handel tragen. Langjährige, gute Geschäftsverbindungen sind in diesem Zusammenhang ebenso bedeutsam wie die kurzen Transportwege und die Versorgung West-Berlins. Die handelsfördernden Faktoren (Sonderstatus des innerdeutschen Handels) werden weiterhin bestehen bleiben; mit einem Abbau ist auch im Falle eines Vertragsabschlusses zwischen der EG und dem RGW nicht zu rechnen. Allerdings ist nicht zu erwarten, daß z. B. die speziellen umsatzsteuerlichen Regelungen (die Bezüge aus der DDR werden steuerlich entlastet, die Lieferungen in die DDR hingegen belastet) ausgebaut oder der Marktzugang der DDR für die sogenannten sensiblen Produkte (Kontingente) nachhaltig verbessert werden⁵.

⁵ Lambrecht fordert seit geraumer Zeit eine größere Beweglichkeit in der Kontingentierungspolitik der Bundesregierung. Vgl. u. a. DIW Wochenbericht, 53. Jg. (1986), H. 10, S. 126 ff.

⁶ Vgl. Christa Meyer-Koester: Aus Ost-Berlin sind keine Morgengaben für die Wirtschaft zu erwarten, in: Handelsblatt, Nr. 167 vom 2. 9. 1987.

³ Betrag der kumulierte Passivsaldo der DDR (Finanzierungssaldo aus dem Warenverkehr, den Dienstleistungen und dem Barzahlungskonto – Sonderkonto „S“ –) im ersten Halbjahr 1986 nur 3,6 Mrd. VE, so erhöhte er sich zur Jahresmitte 1987 auf den bisherigen Höchststand von 4,6 Mrd. VE.

⁴ So führte Honecker in einem Artikel im „Vorwärts“ aus: „Die DDR ist ein zuverlässiger und berechenbarer Partner. Wir waren und sind stets für weltoffenen Handel, für gegenseitig vorteilhafte Handels- und Wirtschaftsbeziehungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung und der Achtung der Souveränität . . . So betrachten wir auch den Handel zwischen der DDR und der BRD als einen wichtigen stabilisierenden Faktor für die Gestaltung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten.“ Erich Honecker: Sicherung des Friedens und das Wohl des Volkes – Leitgedanken unserer Politik, in: Vorwärts (Verlagsbeilage), Nr. 35 vom 30. 8. 1986.

Der traditionelle Warenverkehr im innerdeutschen Handel wird aus sich heraus mittelfristig kaum neue Impulse erfahren. Trotz des Nachholbedarfs der DDR im Bereich der Investitionen, und das dürfte auch für den Umweltschutz zutreffen, sind größere Anlagenkäufe in der gegenwärtigen Fünfjahrplanperiode 1986 bis 1990 nicht zu erwarten⁶. Der DDR fehlen die Finanzierungsmöglichkeiten. Ebenso wenig ist – zumindest zum gegenwärtigen Zeitpunkt – mit einer Verbesserung der oben angesprochenen externen Faktoren zu rechnen. Es ist deshalb zu fragen, ob in Zukunft nicht der Versuch unternommen werden sollte, durch andere Formen der Zusammenarbeit Bewegung in die deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen hineinzubringen. Konkret geht es um die in der Vergangenheit weitgehend ungenutzten Möglichkeiten der Zusammenarbeit im Bereich der industriellen Kooperation zwischen Betrieben in beiden deutschen Staaten.

Gewachsene Kooperationsbereitschaft

Es gibt sicher vielfältige Gründe, weshalb sich die DDR bisher im Bereich der industriellen Kooperation große Zurückhaltung auferlegt hat⁷. Das Zusammen-

treffen unterschiedlicher Wirtschaftssysteme kann für diese Haltung keine wesentliche Rolle gespielt haben; denn obwohl die Kooperation durch die Systemunterschiede in Ost und West erschwert wird, haben sich Länder in Osteuropa mit ähnlich gestalteten Wirtschaftssystemen wie in der DDR nicht davon abhalten lassen, sich bereits seit der zweiten Hälfte der 60er Jahre um den Ausbau der Kooperation mit westlichen Unternehmen als Ergänzung zum traditionellen Handel zu bemühen. Inzwischen hat die Mehrzahl der DDR-Partnerländer im RGW – einschließlich der UdSSR – ihre Kooperationspolitik so weit vorangetrieben, daß sie westlichen Kooperationsinteressenten sogar die Möglichkeit der Kapitalbeteiligung (Joint Ventures) an Unternehmen auf ihrem Staatsgebiet bieten.

Das bis heute geringe Engagement der DDR in der betrieblichen Kooperation läßt sich zum Teil aus der binnenwirtschaftlichen Situation dieses Landes ableiten. Zwar war auch in der DDR der ökonomische Nutzen von

⁷ Zu den nachfolgenden Ausführungen vgl. Peter Plötz, Klaus Bolz: Der Westhandel der DDR – Eine vergleichende Betrachtung des Handels mit der Bundesrepublik und den übrigen OECD-Ländern, Teil 2, Abschnitt C Kooperationsbeziehungen, Verlag Weltarchiv, Hamburg 1987.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

Klaus Bolz (Hrsg.)

DIE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG IN DEN SOZIALISTISCHEN LÄNDERN OSTEUROPAS ZUR JAHRESWENDE 1986/87

Die Abteilung Sozialistische Länder und Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen des HWWA-Instituts erarbeitet seit nunmehr 15 Jahren jeweils zu Jahresbeginn eine nach Ländern getrennte Übersicht über die wirtschaftlichen Ergebnisse des vorangegangenen Jahres sowie über die Entwicklungstendenzen des jeweils laufenden Jahres. In dem Bericht 1985/86 mußten für einige Länder die Ausführungen über die in der Planperiode 1986 bis 1990 angestrebten Ziele recht kurz gefaßt werden, weil einzelne Regierungen in Osteuropa am Beginn dieser Fünfjahrplanperiode Informationen über ihre mittelfristigen Wirtschaftsziele noch nicht in ausreichendem Umfang offengelegt hatten. Deshalb setzen sich einige Autoren jetzt – also im zweiten Jahr der laufenden Planperiode – mit dem Fünfjahrplan 1986/90 eingehender auseinander.

Großoktav, 275 Seiten, 1987, brosch. DM 39,-

ISBN 3-87895-325-9

VERLAG WELTARCHIV GMBH – HAMBURG

Kooperationen mit westlichen Industrieländern in Form einer verbesserten Ausstattung mit Investitionsgütern, organisatorischem und technischem Know-how sowie von Devisensparnissen nicht strittig; angesichts der vergleichsweise knappen ökonomischen Ressourcen in der Wirtschaft der DDR mußte man aber mit weiteren Engpässen rechnen, wenn die Kooperation zusätzliche Ressourcen – insbesondere Arbeitskräfte und notwendige Devisen für Importe von Vorprodukten aus den westlichen Industrieländern – binden würde. Die in anderen RGW-Ländern zum Teil schon frühzeitig entstandenen Probleme durch entsprechende Fehleinschätzungen (z. B. hatte Polen den zusätzlichen Devisenbedarf unterschätzt) mögen die DDR zu einem vorsichtigen Verhalten veranlaßt haben. Die vielerorts praktizierten Kooperationen in Gestalt von Lohnveredelungen kamen für die DDR insbesondere wegen der Knappheit an Arbeitskräften kaum in Frage; die DDR wehrte sich dagegen, als „verlängerte Werkbank“ westlicher Unternehmen eingesetzt zu werden.

Die DDR war aber auch aus westlicher Sicht nicht der ideale Kooperationspartner. Zwar verfügt sie über ein im RGW vergleichsweise hohes technisches Niveau, gleichzeitig hatte sich aber ein relativ hohes Lohnniveau herausgebildet, so daß die Nutzung komparativer Lohnkostenvorteile – eines der Hauptmotive westlicher Kooperationsinteressenten – im Vergleich zu anderen RGW-Ländern eine nachrangige Bedeutung haben mußte.

Im übrigen war die DDR im Bemühen, jegliche Belastung der inneren Stabilität zu vermeiden, an zu engen Kontakten mit Bürgern aus westlichen Ländern, wie sie sich im Zuge intensiverer Kooperationsformen zwangsläufig ergeben hätten, lange Zeit nicht interessiert. Die DDR konnte und wollte das zeitweilig starke Kooperationsinteresse insbesondere westdeutscher Firmen nicht nutzen, waren doch die Berührungspunkte mit Bürgern aus der Bundesrepublik besonders ausgeprägt. Soweit die DDR überhaupt Kooperationsbeziehungen mit westlichen Firmen anstrebte, suchte sie ihre Partner vorrangig in anderen Ländern als der Bundesrepublik.

Heute wird das Thema Kooperation auch in der DDR wesentlich freimütiger diskutiert, was Anlaß zur Hoffnung und zu neuen Initiativen sein sollte. Wie im Bereich des Handels der DDR mit westlichen Industrieländern könnten Unternehmen aus der Bundesrepublik mittelfristig auch im Bereich der industriellen Kooperation eine hervorgehobene Stellung einnehmen. Eine derartige Schwerpunktbildung bei der Anbahnung von Kooperationsprojekten dürfte sich aus vielerlei Gründen für die DDR als sehr vorteilhaft erweisen. In der Bundesrepu-

blik selbst besteht hieran ein besonderes Interesse, denn mehr Kooperationsprojekte würden nicht nur die Basis der innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen stabilisieren, sondern auch neue Möglichkeiten ihrer Ausweitung schaffen.

Gestattungsproduktionen

So bescheiden die wirtschaftliche Bedeutung der bisher realisierten deutsch-deutschen Kooperationsprojekte auch sein mag, als Lehrbeispiele für künftige Fälle der betrieblichen Zusammenarbeit sind die dabei gesammelten Erfahrungen sicher von großem Wert.

Bisher hat sich in den deutsch-deutschen Kooperationsbeziehungen vorrangig die sogenannte Gestattungsproduktion entwickelt, und zwar schwerpunktmäßig im Bereich Nahrungs- und Genußmittel sowie sonstiger Konsumgüter. Im Rahmen dieser Geschäfte gestattet eine westdeutsche Firma einem oder mehreren DDR-Betrieben, bestimmte Produkte ihres Sortiments unter Verwendung entsprechender Lizenzen, Materialien, Normen etc. zu produzieren und in der DDR zu verkaufen. Das entscheidende Merkmal dieser Kooperation ist, daß für die in der DDR produzierten Waren der westdeutsche Markenname verwendet werden darf. Deshalb behält sich der westdeutsche Produzent in der Regel auch eine permanente Material-, Produktions- und Endkontrolle der Produkte vor. Bezahlt werden die von der DDR genutzten Techniken, Maschinen, Rechte etc. in VE und/oder Fertigprodukten. Sehr bekannte Fälle von Gestattungsproduktionen in der DDR betreffen Zigaretten (Lord, Marlboro), Zigarren (Dannemann) und Schuhe (Salamander).

Volkswagen

Eine nach Umfang und Inhalt herausragende Kooperation mit der DDR stellt die Zusammenarbeit zwischen VW und der Automobilindustrie der DDR dar. Auch diese zeigt, daß es bei entsprechender Bereitschaft und Phantasie der Partner noch eine Reihe von Möglichkeiten zur Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten gibt.

Der im November 1984 in Ost-Berlin unterzeichnete Vertrag zwischen der DDR und der Volkswagenwerk AG hat einen Lieferumfang von über 500 Mill. DM und läuft zunächst bis 1993. Andere Firmen sollen parallel zum VW-Vertrag mit der DDR Abschlüsse über Lieferungen im Werte von 300 Mill. DM getätigt haben, und zwar für Zulieferteile und Lizenzen. Der Vertrag sieht vor, daß VW an die DDR eine Motorenstraße liefert, die sie in der Bundesrepublik demontiert, auf der die DDR jährlich

386 000 Motoren herstellen kann, von denen 286 000 für die Automobilindustrie der DDR bestimmt sind, während die restlichen 100 000 Rumpfmotoren an das VW-Werk gehen. Für die Motorenproduktionsstraße erhält VW 350 Mill. DM, für in die DDR zu liefernde VW-Transporter und andere Fahrzeuge 145 Mill. DM. Die DDR finanziert die VW-Leistungen teils durch Gegengeschäfte mit Erzeugnissen der Maschinen- und Elektroindustrie, teils durch die Lieferung der Rumpfmotoren.

Das Aufsehererregende an diesem Geschäft ist zum einen der finanzielle Umfang – einschließlich der vielen kleineren Verträge zwischen bundesdeutschen Firmen und der DDR umfaßt es ein Finanzvolumen von 800 Mill. DM –, zum anderen die Tatsache, daß es dem VW-Werk nach jahrelangen Bemühungen endlich gelungen ist, eine langfristig geltende Absprache über Lieferungen und Gegenlieferungen mit der DDR auszuhandeln, die Chancen hat, auch nach 1993 fortgesetzt zu werden. Die während der Verhandlungen und künftig bei der Durchführung dieses Projektes mit VW gesammelten Erfahrungen könnten Anstoß sein, auch auf anderen Gebieten über eine dauerhafte, längerfristig orientierte Zusammenarbeit nachzudenken.

Das entscheidende Merkmal dieser Projekte ist, daß über den reinen Gegengeschäftscharakter hinaus vielfältige andere Beziehungsebenen zwischen der DDR und der Bundesrepublik zum Tragen kommen können wie der gegenseitige Lizenzverkehr und insbesondere die Heranziehung einer Vielzahl kleinerer Firmen zur Komplettierung des Gesamtgeschäfts.

Sicher gibt es auch in anderen Produktionsbereichen bei entsprechender Bereitschaft westdeutscher Produzenten und Händler einerseits und von DDR-Kombinaten andererseits vielfältige Möglichkeiten einer soliden, auf Dauer angelegten Zusammenarbeit. Im Grunde ist es erstaunlich, daß bis heute nur relativ wenige deutsch-deutsche Gestattungsproduktionen zustande gekommen sind, obwohl es in der DDR nach wie vor an vielen Produkten des täglichen Bedarfs fehlt, für die es in der Bundesrepublik recht erfolgreiche Unternehmen gibt. Bei der Intensivierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten kommt es also vorrangig gar nicht darauf an, die Zusammenarbeit in hochtechnologischen Bereichen zu praktizieren, sondern man kann auch bei industriellen Ge- und Verbrauchsgütern sehr erfolgreich sein.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

Dieter Lösch

SOZIALISTISCHE WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFT

Die Wirtschaftstheorie im Sozialismus und ihre Relevanz für die Wirtschaftspolitik

Während es zahlreiche Arbeiten über das Wirtschaftssystem des real existierenden Sozialismus im Westen gibt, ist über die Wirtschaftswissenschaft in den sozialistischen Ländern, die ja neben ideologischen und politischen Faktoren zweifellos das System mitgeprägt hat, hierzulande wenig bekannt. Diese Lücke versucht die vorliegende Arbeit zu schließen. Sie stellt die von Wissenschaftlern in sozialistischen Ländern während der letzten dreißig Jahre erarbeiteten Elemente einer analytisch-sozialtechnologisch orientierten ökonomischen Theorie des Sozialismus in großen Zügen dar und untersucht, inwieweit diese ökonomische Theorie in der Vergangenheit einen Einfluß auf die praktische Wirtschaftspolitik der sozialistischen Länder hatte.

Großoktav, 400 Seiten, 1987, brosch. DM 54,-

ISBN 3-87895-324-0

VERLAG WELTARCHIV GMBH - HAMBURG